

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 53.

Charlottenburg, Freitag, den 31. Dezember 1920.

Jahrg. 47.

Neues Jahr.

Es ist ein Tag, wie alle — und doch ein anderer Tag,
Wenn ihn mit lautem Schalle begrüßt der Glockenschlag.
Es ist, als ob geboren wird eine neue Zeit,
Die das, was du verloren gewähnt, von neuem weicht.

Es ist, als ob das Hoffen schwingt jung um alle Welt,
Und tausend Tore offen steh'n licht- und glanzzerhell!
Es ist, als ob die Kräfte dir wachsen neu und stark,
Als ob dir junge Säfte durchströmen Blut und Mark!

Du wanderst neuen Zielen entgegen frohbewegt!
Du fühlst, daß dir, wie vielen, das Herz heut lauter schlägt!
Ein ungestüm Verlangen nach Glück und Lebenslust
Hat mächtig dir umfangen die sonst so müde Brust!

Und woll'n auch sonst die Nöte nicht welken — steh', es tagt
Wie junge Morgenröte am Himmel unverzagt! [Fahrt!
Aufwärts und vorwärts zeigen die Banner. Glück zur
Zukunftshöh'n wir steigen durchs Grau der Gegenwart!

Wie auch die Stunden klirren von Kämpfen und von Streit,
Sie soll'n uns nicht beirren im Dienst der neuen Zeit!
Wir halten hoch wie immer, was hehr uns gilt und wahr!
Hell blink' dein Hoffnungsschimmer voran uns, neues Jahr!

gl.

Bekanntmachung.

Die Zahlstellenverwaltungen müssen bezüglich der Unterstützungsberechnung nunmehr folgendes beachten:

Die Mitglieder, die insgesamt mindestens 52 Wochenbeiträge nachweisen können und unter diesen 26 nach den ab 28. Juni 1920 geltenden Beitragsätzen, und zwar:

jüngstliche Mitglieder unter 16 Jahren 50 Pf. und 10 Pf. Sozialbeitrag = 60 Pf. Beitrag,

bei einem Verdienst bis 65 Mk. 1,40 Mk. und 10 Pf. Sozialbeitrag = 150 Pf. Beitrag,

bei einem Verdienst über 65 Mk. bis 150 Mk. 2,20 Mk. und 20 Pf. Sozialbeitrag = 240 Pf. Beitrag,

bei einem Verdienst über 150 Mk. bis 220 Mk. 3,— Mk. und 20 Pf. Sozialbeitrag = 320 Pf. Beitrag,

bei einem Verdienst über 220 Mk. 3,70 Mk. und 30 Pf. Sozialbeitrag = 400 Pf. Beitrag,

haben ab 27. Dezember Anspruch auf die diesen Beitragsätzen entsprechenden Unterstützungssätze.

Es gelten unter obiger Voraussetzung folgende Unterstützungssätze:

Erwerbslosenunterstützung.

Nach einer Beitragsleistung von:

Beitrag	52 Wochen		156 Wochen		260 Wochen		416 Wochen	
	Woch.	Tag.	Woch.	Tag.	Woch.	Tag.	Woch.	Tag.
50	8,—	1,—	6,50	1,08	7,—	1,16	7,70	1,25
140	16,80	2,80	16,20	3,03	19,60	3,28	21,—	3,50
220	26,40	4,40	25,60	4,26	30,80	5,13	33,—	5,50
300	36,—	6,—	35,—	6,50	42,—	7,—	45,—	7,50
370	44,40	7,40	43,10	8,01	51,80	8,63	55,50	9,25

Fahr- und Umzugsgelder.

(§ 16, Ziffer 3.)

Die bewilligten Fahrgelder dürfen innerhalb 52 Wochen den Gesamtbetrag von 120 Mk. (bisher 60 Mk.) nicht überschreiten.

(§ 18, Ziffer 7.)

An Umzugsgeldern werden gewährt bei einer Entfernung:

bis 50 km	20,—	bis 100 km	100,—
100 —	30,—	bis 200 km	120,—
200 —	40,—		

Streit- und Maßregelungsunterstützung.

Bei Streit nach 52 wöchentlich, bei Maßregelung unt. 52 wöchentlich	Beitrag		Nach 52 wöchentlich	
	pro Woche	pro Tag	pro Woche	pro Tag
50	8,50	1,42	10,70	1,78
140	24,—	4,—	80,—	5,—
220	37,40	6,23	46,20	7,70
300	51,—	8,50	63,—	10,50
370	62,90	10,48	77,70	12,95

Bei Streit und Maßregelung erhalten Mitglieder, die mindestens 52 Wochenbeiträge nachweisen können, gemäß § 21, Ziffer 3, und § 22, Ziffer 15, letzter Absatz, außerdem für jedes Kind unter 14 Jahren einen Zuschuß von 1,50 Mk. pro Woche.

Sterbegeld.

Beitrag	nach 52 Wochen	nach 260 Wochen	nach 520 Wochen
50	25,—	45,—	60,—
140	60,—	100,—	130,—
220	110,—	175,—	220,—
300	140,—	210,—	280,—
370	170,—	260,—	300,—

In allen Fällen, in denen zwar 52 Wochenbeiträge und mehr nachgewiesen werden, unter diesen aber noch keine 26 nach den vorstehend angeführten, ab 28. Juni geltenden Sätzen, wird Unterstützung in der im Statut vorgesehenen Höhe gewährt.

Beim Uebertritt aus einer niedrigen in eine höhere Beitragsklasse nach dem 26. Dezember 1920 (nur am Quartalsbeginn zulässig) beginnt gemäß § 5, Ziffer 5 des Statuts der Anspruch auf höhere Unterstützung erst nach 52 wöchentlichem Zahlung des höheren Beitrages. Das Verwaltungsbureau.

Jahreswende.

Die Arbeiter im allgemeinen, nicht nur die Kollegen unseres engeren Berufes, haben keinen Anlaß, dem zu Ende gegangenen Jahre eine Träne nachzuweinen. Es war ein Jahr harten Kampfes um die nackte Existenz, der von Monat zu Monat immer schwieriger gefühlte. Obgleich die große Masse der arbeitenden Volkes an allem Notwendigsten bitteren Mangel litt, an Nahrungsmitteln, an Bekleidung, an Wohnung, lag an allen, was zum primitiven Kulturleben unserer Zeit erforderlich

ist, sind die Hände von Millionen Arbeitern zur Untätigkeit verdammte, weil — kein Absatz für die erzeugten Produkte vorhanden ist. Das schlimmste ist, daß kein Lichtblick hinüber leuchtet ins neue Jahr, kein Hoffnungsstrahl die Herzen erhellt, woraus geschlossen werden könnte, daß die schlimmste Leidenszeit für das deutsche Proletariat als überwunden angesehen werden kann. Im Gegenteil, der politische und wirtschaftliche Horizont düstert sich immer mehr. Wenn nicht alle Zeichen trügen, stehen wir vor einer Ernährungskrise, deren Folgen und Auswirkungen sich auch nicht im entferntesten absehen lassen. An eine Behebung der drückenden Wohnungsnot durch Belebung der Bautätigkeit und der Industrie für Baustoffe ist unter den gegebenen Verhältnissen nicht zu denken. Harte Kämpfe stehen uns bevor, wenn an den maßgebenden Stellen nicht rechtzeitig Vorkehrung getroffen wird, daß das schlimmste abgewendet werden kann, soweit das nach menschlichem Ermessen unter den gegebenen Verhältnissen möglich sein kann.

Lassen wir zunächst unseren Blick einmal rückwärts schweifen, um zu sehen, was das vergangene Jahr in unserem Berufsleben zu bedeuten hatte. Mit einem schrillen Mißklang war für uns das Jahr 1919 zu Ende gegangen. Die Verhandlungen im Dezember 1919 in Leipzig wegen Abschluß eines neuen Tarifvertrages führten zu keiner Verständigung, so daß der Tarifvertrag nach genau einjähriger Dauer in die Brüche ging. Mit dem 1. Januar 1920 begann die vertragslose Zeit. Was vorauszu sehen war, trat ein. Mit der Ablehnung unserer Tarifforderungen in Leipzig waren diese für unsere Kollegen nicht erledigt. Diese wurden vielmehr nun betriebsweise eingereicht. An einer Reihe von Orten kam es deswegen zu Kämpfen. Die Streiks in den bayerischen Fabriken führten dazu, daß die Demobilmachungsstelle Nürnberg als Schlichtungsinstanz vermittelte und bei dieser Gelegenheit den streikenden Parteien den Vorschlag machte, gleich einen neuen Tarif, gültig für das ganze Reichsgebiet, abzuschließen. Das ist denn auch geschehen, so daß die vertragslose Zeit kaum 3 Wochen Dauer erreichte. Daß im Laufe des Jahres das Lohnabkommen wiederholt erneuert werden mußte, sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt. Die ganze Unsicherheit unserer wirtschaftlichen Verhältnisse spiegelt sich in der Tatsache wider, daß keine der beiden Vertragsparteien Neigung hat, ein langfristiges Lohnabkommen zu treffen. Ja, wenn selbst der Wille dafür vorhanden wäre, ließe sich das nicht durchführen. Wer wollte etwa behaupten, daß mit den in Nürnberg im Januar d. J. festgelegten Löhnen heute noch auszukommen wäre? Die sprunghafte Verteuerung des Lebensunterhaltes hat im verfloffenen Jahre geradezu beängstigende Fortschritte gemacht. Nach der Statistik von Calwer betrugen die Ernährungslosten für eine vierköpfige Familie im Reichsdurchschnitt im Dezember 1918 pro Woche 62,96 M., im Dezember 1919 schon 114,65 M., im Oktober 1920 aber bereits 332,20 M. Die Wirkung, die damit erzielt werden mußte, daß die Zwangswirtschaft und Höchstpreise aufgehoben und den Bürgern freie Hand gelassen wurde, war unschwer vorauszu sehen und kommt in den vorstehend erwähnten Zahlen in eindrucksvoller Weise zum Ausdruck. Alles Philosophieren hilft da nichts, und wenn den Arbeitern und Angestellten noch so oft vorgehalten wird, daß jede neue Lohnsteigerung nur eine weitere Vermehrung des Papiergeldumlaufs und in weiterer Folge eine Erhöhung der Verkaufspreise für alle Produkte mit sich bringt, so kann das alles an der Tatsache nichts ändern, daß der Verteuerung des Lebensunterhaltes die Lohnsteigerungen auf dem Fuße folgen müssen. So lange es nicht gelingt, der steigenden Teuerung einmal Einhalt bieten zu können, wird sich das Tempo des Kreislaufes — Lebensmittelverteuerung — Lohnsteigerung — Lebensmittelverteuerung usw. — nicht verlangsamen lassen.

Eine der wichtigsten Episoden des vergangenen Jahres, und zwar nicht nur für uns Porzellanarbeiter, war der im März durchgeführte Niesenkampf zur Erhaltung der Republik und der Errungenschaften der Revolution. Eine so einheitliche Erhebung aller Hand- und Kopfarbeiter, ohne Unterschied der politischen und gewerkschaftlichen Richtung war noch niemals vorher zu verzeichnen. Der Erfolg war demzufolge auch ein vollständiger. Der Angriff der Militaristen wurde abgewiesen. Die Wiedereinführung der Räterepublik wurde durch die Familienratschaften für die Räte, die Räte für die Familienratschaften ein unerreichbares Ziel. Die Kämpfe des vergangenen Jahres haben der Arbeiterschaft recht deutlich gezeigt, daß sie unüberwindlich ist, so wie sie nur einzig ist und einzig geschlossen handelt. Den Gewerkschaften gebührt das Verdienst, eine einheitliche geschlossene Kampfbewegung zu haben, eine Tat, die bei der Zerstückelung der politischen Arbeiterbewegung der politischen Parteien niemals gelungen wäre.

Mit der Verkündung der Beschlüsse der Verbandsgeneralversammlung vom September d. J., die am 1. Juli erfolgte, ging

ein lange gehegter Wunsch der Mitglieder in Erfüllung. Von einer Generalversammlung zur anderen lehrte in immer stärker werdendem Maße das Verlangen wieder, den Zuständen der Verbandsunterstützungen zu gewähren, nach eigenem Ermessen die Verbandsunterstützungen zu bewilligen. Nunmehr ist dieser Zustand verwirklicht; ein Urteil über dessen Bewährung läßt sich zur Stunde noch nicht fällen.

Daß auch wir gezwungen waren, wie so viele andere Verbände, durch eine Urabstimmung die Beiträge und Unterstützungen zu erhöhen, um der steigenden Entwertung unseres Papiergeldes Rechnung zu tragen, ließ sich einfach nicht vermeiden.

Von größeren und langandauernden Kämpfen ist unser Verband im verfloffenen Jahre verschont geblieben, abgesehen von den Kämpfen am Beginn des Jahres, von denen wir bereits gesprochen, und einigen kleineren Plänkelen. Die Bindung an den Tarifvertrag erfolgt aber auch in der Hauptsache zu dem Zweck, Kämpfe zu vermeiden durch allgemein gültige Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses auf dem Verhandlungswege.

Einen Lichtblick in schwerer Zeit bedeutete es, als wir in Nr. 19 der „Ameise“ vom 14. Mai d. J. mitteilen konnten, daß die Auflageziffer unseres Verbandsblattes die stattliche Zahl von 50 000 überschritten habe. Der größte Optimist unter uns hätte wohl 2 Jahre vorher, als die Mitgliederzahl unseres Verbandes auf 5000 herabgesunken war, an solchen schnellen und gewaltigen Aufstieg nicht glauben wollen. Das erfreulichste Moment dabei ist, daß es nicht nur gelungen ist, diese Zahl zu erhalten, sondern noch weiter zu steigern. Wenn es etwas geben kann, das geeignet ist, uns hoffnungsfreudig zu stimmen und trotz aller Bedrängnisse zuversichtlich der kommenden Zeit entgegen zu gehen, dann ist es gerade die Tatsache, daß unsere Kollegenschaft es verstanden hat, ihrer Berufsorganisation eine achtunggebietende Stellung zu verschaffen. Diese zu erhalten, muß uns allen ohne Unterschied zwingendstes Gebot sein. Der Aufgabenkreis der Gewerkschaften hat sich infolge der Zeitereignisse nicht verengt, sondern erweitert. Die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist bei aller Wichtigkeit und Notwendigkeit nicht mehr das alleinige Ziel. Darüber hinaus begehrt die Arbeiterschaft um so dringender die vollkommene Gleichberechtigung im wirtschaftlichen Leben. Die Erzeugung der notwendigen Bedarfs-güter soll und darf nicht länger mehr eine Angelegenheit sein, die nur den wenigen Personen etwas angeht, die heute im Besitze der Produktionsmittel sind. Das ist eine Sache, die das ganze Volk an seinem Lebensnerv berührt. Hier muß die Arbeiterschaft ihre ganze Energie einsetzen und mit vereinter Kraft dem Ziele, der Sozialisierung unserer Wirtschaft, zustreben. Die Gewißheit, daß wir dieses Ziel erreichen, sofern wir unsere Kräfte in unseren wirtschaftlichen Organisationen zusammenfassen, die Stofkraft unserer Organisationen nicht selbst herabmindern, wird uns die Schwierigkeiten überwinden lassen, die uns entgegenstehen. In diesem Sinne entbieten wir unseren Kolleginnen und Kollegen unseren Neujahrsgruß.

Glückauf zu weiterem Kampf und Sieg.

Ein christlicher Arbeitervertreter in Peterwitz.

Alle am Reichstarif beteiligten Verbände haben für die Durchführung der Entscheidungen der Schlichter nach § 53 desselben Sorge zu tragen. Folgerichtig auch in erhöhtem Maße für alle Bestimmungen des Tarifes, einschließlich des Lohnabkommens.

Von diesen auferlegten hohen Pflichten scheinen jedoch nicht alle Sekretäre des Berufsverbandes der deutschen Keramarbeiter (christliche Gewerkschaft) durchdrungen zu sein. Die schärfste öffentliche Zurückweisung erfordert das Verhalten eines christlichen Arbeitervertreters im nachstehenden Falle Peterwitz in Schlesien. Die befolgte arbeiterschädliche Taktik, basierend auf der „Harmonie“ zwischen Kapital und Arbeit, ließ diesen Herrn ohne weiteres die Beiseiteschiebung tariflicher Festlegungen vornehmen. Unter Hinzuziehung des provisorischen Betriebsrates hat unterm 21. Oktober 1920 der christliche Sekretär aus Münsterberg in Schlesien mit der Leitung der neuingerichteten Porzellanfabrik, G. m. b. H., in Peterwitz folgende Lohnvereinbarungen getroffen:

- § 1. Laut unserem Abkommen mit dem provisorischen Betriebsrat erklären wir uns zu folgenden Lohnerhöhungen bereit:
1. Männliche Arbeiter über 24 Jahre erhalten einen Stundenlohn von 3 M.
2. Männliche Arbeiter von 20 bis 24 Jahren einen solchen von 2,60 M.
3. Männliche Arbeiter von 18 bis 20 Jahren einen solchen von 2,20 M.

4. Männliche Arbeiter von 16 bis 18 Jahren einen solchen von 1,80 M.

1. Weibliche Arbeiter im Alter über 24 Jahre Stundenlohn 2 M.

2. Weibliche Arbeiter im Alter von 20 bis 24 Jahren Stundenlohn 1,75 M.

3. Weibliche Arbeiter im Alter von 18 bis 20 Jahren Stundenlohn 1,50 M.

4. Weibliche Arbeiter im Alter von 16 bis 18 Jahren Stundenlohn 1,25 M.

Leute unter 16 Jahren erhalten den jeweils von der Firma festgesetzten Lohn.

§ 2. Vorstehend aufgeführte Lohnveränderungen treten in Kraft mit dem 16. Oktober 1920. Die erste Auszahlung jedoch erfolgt erst nach Beendigung des ersten Glattbrandes.

§ 3. Wir bemerken, daß die Lohnerhöhung als Abschlagszahlung anzusehen ist, und zwar dergestalt, daß mit gleichem Tage — 16. Oktober 1920 — die ortsüblichen Tarife in Kraft treten, die Differenz jedoch erst Ende Dezember zur Auszahlung kommt und bis dahin gutgeschrieben wird.

§ 4. Die Differenz vom bisherigen Lohn und dem Lohnsatz vom ersten Glattbrand an wird nachgezahlt am Tage nach Beendigung des ersten Glattbrandes resp. am darauffolgenden Lohntag.

Trotzdem dieses Abkommen die letzte Tarifklasse „als ortsüblich“ ansieht, entsprechen die vereinbarten Abschlagsätze in ihrer Höhe nicht einmal der zugrunde gelegten 3. Klasse. Des weiteren ist vertragswidrig und bezeichnend für die „christliche Interessenvertretung“ die getroffene Zeitbestimmung ab 16. Oktober 1920. Die Fabrik ist seit September in Betrieb. Die Einhaltung der Tarifbestimmungen mußte vom 1. Oktober erfolgen.

Durch das Eingreifen der Vertreter des freigewerkschaftlichen Porzellanarbeiterverbandes ist es gelungen, die Beschäftigten vor dem christlichen Schaden und zugleich vor deren weiterer „Interessenvertretung“ zu bewahren.

Unterm 13. November 1920 ist mit den Firmenvertretern folgendes vereinbart worden:

„Die Firma bezahlt am Montag, den 15. November, die Differenz zwischen den derzeitigen und den am 21. Oktober 1920 schriftlich vereinbarten Löhnen nach.“

Die Firma erklärt auch heute, wie am 21. Oktober 1920, daß sie den Reichstarif für die Deutsche feinkeramische Industrie inhaltlich voll anerkennt.

Die Herren Vertreter der Firma erklären, infolge der finanziellen Schwierigkeiten die vollen Löhne nach Ortsklasse 2b noch nicht auszahlen zu können, verpflichten sich jedoch hiermit ausdrücklich, alle differierten Beträge ab 1. Oktober 1920 zur Nachzahlung zu bringen, bis spätestens Weihnachten dieses Jahres.

Etwa in der Zwischenzeit Ausscheidende erhalten bei ihrem Austritt die Differenzen ausgezahlt. Die Vertreter des Porzellanarbeiterverbandes behalten sich alle weiteren Schritte vor.

Der ortsübliche Lohnsatz bemißt sich durch unser Eingreifen nun nach der Tarifklasse 2b. Die Nachzahlungen sind ab 1. Oktober zu leisten. Alle Beweihräucherung, sowie Vangemacherei vor den Spartakisten nützen angesichts obiger Richtigstellung durch die freie Gewerkschaft den Brüdern in Christo und ihren Verbündeten nichts. Auch die Peterwitzer „glaubensstreue“ Arbeiterschaft hatte sofort erkannt, auf welcher Seite ihre Interessen tatkräftig gestützt und gefördert werden. Das Vertrauen der Beschäftigten beßigt der freigewerkschaftliche Porzellanarbeiterverband. Religion und Gewerkschaft sind Dinge, die eine bewußte Arbeiterschaft eben so wenig trennt, als es die Unternehmer in ihren verschiedenen Organisationen auseinanderhält. Die freie Gewerkschaft ist die berufene Vertreterin der Arbeiterinteressen, das haben die Peterwitzer Mitglieder sofort erkannt.

Die Gauleitung für Schlesien und Sachsen des Porzellanarbeiterverbandes: C. Griesbach.

Zweiter Internationaler Gewerkschaftskongreß.

IV.

Zur Valutafrage wird nach dem Bericht der Valutakommission eine Resolution angenommen, in der in der Hauptsache verlangt wird, die Kriegsschulden zu annullieren, um wieder zu gesunden Finanzverhältnissen zu kommen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist

die Sozialisierung,

Berichterstatter Dudgeest, Sekretär (Holland). Er hat dem Kongreß eine größere Druckschrift vorgelegt, in der er den Irrsinn der herrschenden Wirtschaft nachweist und den heutigen Stand der Sozialisierungsfrage in den hauptsächlichsten Ländern aufzeigt.

Er ergänzt diesen Bericht durch längere mündliche Ausführungen, in denen er besonders auf die im jetzigen System der Produktion bedingte Verschwendung an Material und Arbeitskraft hinweist. Die Kriegsfolgen aber haben bei allen Werktätigen die Ueberzeugung wachgerufen, daß es so nicht weitergehen kann. Sie lehnen es ab, weiterhin nur für die Profitgier der Kapitalisten tätig zu sein, die die Produktion sogar künstlich einschränken, wenn ihnen dies vorteilhafter erscheint. Der Redner führt eine Reihe frappanten Beispiele aus letzter Zeit an, die diese Behauptungen stützen. Die britischen Fischfirmen ließen sogar kürzlich einen Teil des überreichen Fanges wieder ins Meer werfen, während die Deutschen ihre Schiffe auslegten, um die Preise hochzuhalten. Die Kommission hat einstimmig der vorgelegten Entschließung zugestimmt, die zunächst nur die sofortige Sozialisierung einer Zweige fordert, da man den einzelnen Ländern überlassen muß, je nach ihren Verhältnissen die gleiche Forderung auf andere Industrien auszudehnen.

Dismann (Deutschland) begrüßt die Behandlung der Frage der Sozialisierung, die das wichtigste Problem der Zukunft für die Arbeiter darstelle, durch den Internationalen Gewerkschaftskongreß. Sie wird dazu beitragen, die Einheit der Arbeiter aller Länder zu erhalten oder wiederherzustellen, doch muß sie durch die Macht der Gewerkschaften selbst, nicht durch Weisung irgendeines Organs des Völkerbundes, gelöst werden. Zu diesem Zwecke sollte der Internationale Gewerkschaftsbund die Verbreitung wirtschaftlicher Kenntnisse in die Hand nehmen.

Nach kurzen weiteren Bemerkungen stimmt der Kongreß eine Resolution zu. Ihr Wortlaut ist wie folgt:

„Der am 22. November und die folgenden Tage in London versammelte Internationale Gewerkschaftskongreß verurteilt die kapitalistische Produktionsweise, die die Allgemeinheit schädigt und nur Einzelpersonen Vorteile bringt.“

Mit Rücksicht auf die große Leuerung, die die materielle Lage der Arbeiterschaft noch weiter herabdrückt und andererseits auf die außergewöhnlichen Gewinne der großkapitalistischen Unternehmen, in weiterer Berücksichtigung des in fast allen Ländern herrschenden Mangels an den notwendigsten Bedarfsartikeln, die gegenüber die kapitalistischen Unternehmen absichtlich die Produktion einschränken, um durch erhöhte Preise ihre Uebergewinne einzuheimen, erklärt der Kongreß, daß die Arbeiter nicht gewillt sind, für die Interessen und die Erhöhung des Reichtums und der Macht einer kleinen Kapitalistenschicht zu produzieren.

Der Kongreß weist darauf hin, daß dieser Zustand die Arbeiter aufs engste berührt und ihnen das Recht wie die Pflicht auferlegt, sich darüber klar zu werden, daß eine möglichst große Menge der Bedarfsgegenstände der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden muß, daß diese unerläßliche Produktionserhöhung jedoch nur in einem neuen Produktions- und Wirtschaftssystem verwirklicht werden kann, in dem die Arbeit der Schaffenden unmittelbar den Interessen der Gesamtheit dienstbar gemacht wird, der Unternehmerprofit aufhört und die Kapitalisten nicht mehr die Macht haben, diese Bestrebungen zum Nutzen ihrer egoistischen Interessen zu hemmen.

Diese Besserung der materiellen und moralischen Lebenslage der Arbeiterklasse ist nur möglich, wenn dieses neue System verwirklicht wird.

Der Kongreß fordert daher im Interesse der Gesamtheit die Sozialisierung des Grund und Bodens und der Produktionsmittel.

Er hält es für erforderlich, daß sofort die Sozialisierung des Bodenschatzes (Kohle, Erze, Salze, Phosphate usw.) und aller Transportmittel, wie überhaupt aller derenigen Produktionszweige begonnen wird, deren Sozialisierung dem Proletariat des betreffenden Landes durchführbar erscheint.

Diese Umstellung darf jedoch nicht in der Weise vorgenommen werden, daß dem kapitalistischen Staat die Kontrolle dieser Industrien übertragen wird, sondern in aktiver Beteiligung der Gesamtheit an der Kontrolle durch die Gewerkschaftsorganisationen und ihre Beauftragten.

Der Kongreß fordert außerdem, daß für die noch nicht sozialisierten Industriezweige diese Umstellung vorbereitet und betrieben werden muß durch das Mitbestimmungs- und Kontrollrecht, das den organisierten Arbeitern im Unternehmen zu sichern ist.

Der Kongreß fordert die Arbeiter der ganzen Welt auf, ihre ganze wirtschaftliche und politische Macht im Einvernehmen mit den tätigen Genossen ihrer verschiedenen Organisationen zur Erreichung dieses Zieles einzusetzen.

Er beauftragt das Bureau der Gewerkschaftsinternationale sich mit den internationalen Berufssekretariaten der Bergarbeiter, Seelente und übrigen Transportarbeiter in Verbindung zu setzen, um das erstrebte Ziel mit allen zu Gebote stehenden Mitteln so bald als möglich zu erreichen.“

Eine Antwort an die Moskauer Internationale

ist von einer Kommission bearbeitet worden. Sie gibt Anlaß zu einer längeren interessanten Aussprache.

Die italienischen und die norwegischen Delegierten erklären, daß auch sie die Angriffe der Moskauer auf den Internationalen Gewerkschaftsbund nicht gutheißen, aber der Resolution nicht zustimmen können, weil darin eine Zustimmung zur Haltung gewisser Landeszentralen während des Krieges erblickt werden könnte.

Griffon (Belgien) verlangt, daß man endlich diejenigen Landeszentralen nenne, gegen deren Haltung man etwas einzuwenden habe. Auch möchte er wissen, ob d'Arrogon, der Führer der italienischen Delegation, in Moskau Verpflichtungen eingegangen sei, die ihn zwingen, die Gewerkschaftsbewegung in die Moskauer Richtung zu drängen. Der Kongreß beabsichtigte keinerlei Angriffe gegen die russischen Arbeiter, da man sehr wohl zwischen den dortigen Unterbrüdern und Unterbrückten unterscheiden könne. Die Leiter der Moskauer Gewerkschaftsinternationale seien meist Intellektuelle, von deren früherer Tätigkeit auf gewerkschaftlichem Gebiete niemand etwas bekannt sei.

d'Arrogon beruft sich auf seinen Sonderbericht an den Kongreß, der die Resolution enthielt, die er für den italienischen Gewerkschaftsbund in Moskau unterschrieben hat. Darin wird die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale als unfähig abgelehnt. Ferner heißt es darin, daß 1. die linksstehenden Elemente in den Gewerkschaften geschützt, dagegen die Führer, welche den Krieg unterstützten oder am Völkerbund mitarbeiten, beseitigt werden sollen; 2. in den Gewerkschaften die bekannten kommunistischen Zellen geschaffen und 3. ein Internationales Komitee geschaffen werden soll, das als Internationales Gewerkschafts-Sowjet diese und ähnliche Aufgaben durchführen soll. Der Redner sagt, daß er diese Forderungen für nötig hielt, obwohl die italienischen Gewerkschaften der Moskauer Internationale nicht angeschlossen sind — im Gegensatz zur Partei — und in der Leitung sich Kommunisten nicht befinden. Wenn der Kongreß diese ihre revolutionäre Haltung nicht dulden wolle, so würden sie natürlich die Folgerungen daraus ziehen.

Simmen (Sekretär) meint, diese Debatte hätte erspart werden und das Verhältnis zu den Italienern besser sein können, wenn diese den ihnen zugewilligten und heute noch offen gehaltenen Sitz eines Vizepräsidenten im Vorstande des Internationalen Gewerkschaftsbundes besetzt hätten.

Nachdem Stenhuis (Niederlande) ausführlich die Argumente der Moskauer und der Italiener erörtert und zurückgewiesen und ihre unlogische Haltung dargetan hatte, wurde bei Stimmeneinstimmung der italienischen und gegen die Stimme der norwegischen Delegation die nachfolgende Entschließung angenommen:

Der Außerordentliche Kongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes, auf dessen Tagung in London 26 000 000 organisierte Arbeiter in 18 Ländern vertreten sind,

nimmt Kenntnis von den erneuten Angriffen und Verleumdungen, die gegen diesen Kongreß von den Führern der Dritten Internationale gerichtet wurden, Verleumdungen und Anwürfe, wie sie keineswegs als angemessene Erörterungsformen unter freien und kultivierten Menschen angesehen werden können.

Der Kongreß bemerkt, daß das jüngste Manifest einerseits die Unterschriften von Lenin, Sinotjew, Kadei, Wela Schum u. a., andererseits aber auch die von Lomsky, Kosjowsky, Kosmer und Chabline trägt, die entgegen den Tatsachen behaupten, daß sie einen Internationalen Gewerkschaftsbund vertreten.

Der Kongreß bemerkt ferner, daß die Unterzeichner dieses Manifestes ihre Kriegserklärung in dem Maße zusammenfassen, daß die syndikalistische Moskauer Internationale die „gelbe“ Amsterdamer Internationale zertrümmern werde.

Der Kongreß nimmt mit Rücksicht auf die tatsächliche Lage der Dinge an, daß diese Angriffe nicht von dem Proletariat Russlands herrühren, daß man dieses daher auch in keiner Weise dafür verantwortlich machen darf.

Weiter betont der Kongreß, daß diese verleumderischen Kritiken und diese Kriegserklärungen nur die völlige Unwissenheit über die Aufgaben und die Tätigkeit des Internationalen Gewerkschaftsbundes darlügen oder aber den unbestreitbaren besten Willen betreffen, der dem unheilvollen Wunsch entspricht, die Arbeiterorganisationen aller Länder zu vernichten.

Der Kongreß weist mit aller Entschiedenheit die gegen ihn und die Internationale gerichteten Verleumdungen zurück.

Indem der Internationale Gewerkschaftsbund sich gegen alle diese Verleumdungen wendet, erklärt er, daß er sich weder spalten noch vernichten lassen wird.

Er sichert den angeschlossenen Zentralverbänden volle Autonomie und Bewegungsfreiheit zu, aber er gebietet ihnen auch, allen Aufforderungen außenstehender Körperschaften, ihre Sonderbestrebungen in der Gewerkschaftsinternationale zu unterstützen, den Gehorsam zu versagen.

Der Kongreß bestätigt, daß der Internationale Gewerkschaftsbund und seine Zentralverbände aller Länder ihre Tätigkeit auf die Umgestaltung der Gesellschaft und die Beseitigung des kapitalistischen Ausbeutungssystems richten. Dies geschieht unter voller Berücksichtigung der Lebensgewohnheiten, der Ueberlieferungen und der tatsächlichen Lage in jedem Lande.

Aus diesen Gründen erinnert der Kongreß an die Tatsache, daß die gewerkschaftliche Internationale sich wider die Regierungen gelehrt hat, die die Gegenrevolution unterstützen und die militärischen Unternehmungen gegen die bereits auf dem Wege zur Freiheit vortwärts marschierenden Völker begünstigen.

Trotz dieser Verleumdungen und ihrer Verbreiter richtet der Kongreß seinen Appell an das Proletariat Russlands sowie an alle anderen Arbeiter, die über die Ziele des Internationalen Gewerkschaftsbundes irreführt wurden:

Der Kongreß erklärt hiermit seine volle Solidarität und Sympathie mit ihren Leiden und revolutionären Bestrebungen. Er ladet sie ein, sich dem Internationalen Gewerkschaftsbund anzuschließen und durch ihre Kampfkraft die des übrigen Proletariats zu stärken und so der gesellschaftlichen Reaktion eine geschlossene Kampffront gegenüberzustellen.

Ein Zusatzantrag, der zum Ausdruck bringt, daß eine Regierung, auch eine kommunistische, nie zugleich als Leitung einer Arbeiterinternationale anerkannt werden kann, wird gegen Norwegen bei Stimmeneinstimmung der Engländer und Tschechen angenommen.

Die Frage der Besetzung des Ruhrgebiets.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes hatte zur Untersuchung dieser Frage eine Kommission nach Deutschland gesandt, die aus Jouhaux und Merrheim (Frankreich), Mertens (Belgien) und Finnen (Sekretär) bestand. Der Bericht dieser Kommission ist ein außerordentlich wichtiges Schriftstück von 35 Druckseiten.

Jouhaux (Frankreich) führt ergänzend aus, daß die Kommission sowohl die Gewerkschaften und Behörden wie die Unternehmerorganisationen aufgesucht und an allen Stellen jede gewünschte Auskunft erhalten habe. Die allgemeine Schlussfolgerung könne nur sein, daß die Zustände im Ruhrgebiet außerordentlich schwierig und unbefriedigend seien. Das Gebiet ist überbevölkert. Die Löhne haben auch nicht annähernd die gleichen Steigerungen erfahren wie die Kosten der Lebenshaltung. Dazu komme, daß die Lebensmittelfuhr den Bedürfnissen der Bevölkerung längst nicht genüge. Die Kommission bemühte sich, jeden unangebrachten Optimismus wie auch Pessimismus zu vermeiden, sie müsse aber trotzdem erklären, daß die vielerlei Behauptungen der Presse, besonders in den Ententeländern, deren einziger Zweck die chauvinistische Gehe sei, vollständig jeder ernststen Grundlage entbehren. Die Bergarbeiter selbst haben uns nicht nur erklärt, daß sie alles tun, um die in Spa von ihrer Regierung eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, sondern konnten uns auch zahlenmäßig den Nachweis erbringen, daß diese Verpflichtungen erfüllt wurden, obwohl die ihnen auf der anderen Seite versprochenen besonderen Lebensmittellieferungen zum Teil ausgeblieben sind. Dieser Kongreß muß daher entschieden der Behauptung entgegenreten, daß die Bergarbeiter gegen die Ausföhrung des Kohlenabkommens seien. Damit ehren wir nicht nur den Geist, der die deutschen Bergarbeiter beseelt, sondern gestören zugleich die Grundlage eines der schlimmsten Pläne der Entente, der Besetzung des Ruhrgebiets. Für eine solche Besetzung durch die Entente besteht auch nicht einmal der Schatten eines Grundes. Die dahingehende Propaganda haben wir in Frankreich von Anfang an verurteilt, da wir die Gewalt als Negler der Beziehungen unter den Völkern nicht anerkennen können. Mit aller Macht müssen sich die Arbeiter gegen die Pläne der Militaristen zur Wehr setzen, damit ihr zünftiger Versuch, in solch unerhörter Weise einen Vertrag zu brechen, zum Scheitern gebracht werde. Wir im französischen Gewerkschaftsbund sind bereit, hierbei unsere Pflicht, unsere volle Pflicht, zu erfüllen. Wir wissen, daß wir der Solidarität der deutschen Arbeiter bei der Bekämpfung der Lehre von der Rache gewiß sein können. Das muß den herrschenden Kreisen energisch gesagt werden. Die Welt kann nur mit Hilfe der Arbeit, freier Arbeit, wieder aufgebaut werden. Die deutschen Arbeiter sind daher durchaus im Rechte, wenn sie im Falle einer Besetzung des Ruhrgebiets die Arbeit einstellen. Sie würden dabei unsere energische Unterstützung finden. Das erklären wir, obwohl wir uns der Verantwortung bewußt sind, die wir damit

übernehmen. In diesem Sinne erbitten wir auch die Unterstützung des ganzen Kongresses, der erklären muß, daß die Zeit der Bajonett Herrschaft ein für allemal zu verschwinden hat, wenn die Menschheit nicht untergehen soll. (Lebhafter Beifall.)

Regien (Deutschland) dankt dem Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes für die Entsendung der Kommission ins Ruhrgebiet, wie auch dieser selbst für ihre Arbeit und ihren Bericht. Der Mitteilung des Berichtes, daß die deutschen Bergarbeiter die geforderten 2 Millionen Tonnen an die Entente monatlich abliefern, muß aber hinzugefügt werden, daß sie dies nur dadurch ermöglichen konnten, daß sie zweimal wöchentlich je eine halbe Uberschicht arbeiten. Den an sie gestellten hohen Anforderungen können sie nur auf Kosten ihrer Arbeitskraft und ihrer Gesundheit gerecht werden, weil sie stets unter dem Mangel an guten Lebensmitteln leiden. Wir haben daher die Pflicht, ihnen für ihre Leistung, die im Interesse aller liegt, den warmsten Dank auszusprechen. In dem Berichte der Kommission ist davon die Rede, daß die Verteilung der deutschen Kohle unter den einzelnen Ländern neu geregelt werden soll. Wir deutschen Arbeiter haben dabei den Wunsch, daß die dafür zuständigen Instanzen auch aus den Ententeländern durch Arbeitervertreter verstärkt werden, wie von der deutschen Regierung dazu unser Genosse Gue herangezogen wurde. Ich will hier keine Kritik üben am Friedensvertrag selbst oder etwa an der versuchten Einwirkung auf die Volksabstimmung in Oberschlesien, an der Grenzregulierung, welche neuerdings eine Interalliierte Kommission an der Weichsel vorgenommen hat, usw., obwohl all das die ernstesten psychischen Einwirkungen auf unsere Volksmassen haben muß, da wir als Arbeiter bereit und entschlossen sind, die Friedensbedingungen durchzuführen zu helfen. Voraussetzung ist aber, daß uns die Möglichkeit dazu gelassen werde. Unter den heutigen Verhältnissen aber und insbesondere angesichts der Auslegung mancher Bestimmungen des Friedensvertrages durch die Organe der Entente, darüber sollte man sich nicht täuschen, besteht diese Möglichkeit nicht. So sagen die §§ 169 und 202, daß alles deutsche Kriegsgerät zu zerstören ist, aber diese Bestimmung will man ausdehnen auf alle Maschinen, die überhaupt zu Kriegszwecken verwendbar wären, auch wenn sie durchaus für Friedenszwecke erforderlich sind. Die größten früheren Militärwerkstätten des Staates sind in eine große Aktiengesellschaft von nicht für den Krieg bestimmten Erzeugnissen umgewandelt worden. Die Gesellschaft ist Staatseigentum und ihre Leitung umschließt eine Reihe bekannter Arbeiterführer, die allein schon jede weitere Herstellung von anderem als sogenanntes Friedensmaterial zu verhindern wissen werden. Trotzdem besteht die Entente auf der sinnlosen Zerstörung vieler Maschinen, Motoren, Flugzeughallen und anderen kostbaren Einrichtungen, die bei der heutigen verzweifelten Lage Deutschlands geradezu unentbehrlich und unersetzlich sind und obendrein für Friedenszwecke umgebaut waren oder werden können. (Redner zählt einige besonders trasse Beispiele auf.) Diese Methode der Auslegung und Anwendung des Friedensvertrages ist dem Wortlaut und auch dem Sinne des Vertrages zuwider. Ihr Zweck ist nur, unsere Industrie und Volkswirtschaft zu zerstören und damit auch die deutsche Arbeiterklasse niederzuhalten. Dem gleichen Ziele strebt man zu durch Maßnahmen, die den Rest der physischen Kraft unseres Volkes untergraben sollen. Man denke nur an die Forderung der Ablieferung von 810 000 Milchkuhen oder von einem Bohnen und natürlich dem besten Teile — da die alliierten Kommissionen bei der Abnahme alles ablehnen, das ihnen nicht als das Beste des Vorhandenen erscheint — unseres ganzen Viehbestandes. Diese Ablieferung würde den Verlust von rund 6 Millionen Litern Milch täglich, die wir heute unseren Säuglingen und jungen Müttern in großen Nationen geben, bedeuten und damit ein gewaltiges Ansteigen der jetzt schon erschütternden Sterblichkeitszahlen. Das bringt uns immer wieder zum Bewußtsein die tragische Bedeutung des Ausspruches, den Clemenceau getan haben soll, daß Deutschland immer noch 11 Millionen Einwohner zuviel zähle. In der Tat, was wir täglich erleben, hat offensichtlich nur den Zweck, unser Volk vollständig zu vernichten. Daher fragen wir, wie sollen wir unsere Verpflichtungen erfüllen können, wenn diese Zustände andauern? Wir stehen nicht um Mitleid oder Erbarmen, sondern appellieren an Ihren Verstand und an Ihr eigenes Interesse! Glaubt man, daß die Beschlüsse dieses Kongresses, sich der Moskauer Welle zu widersetzen, irgendwelche praktische Bedeutung behalten werden, wenn eine Aenderung der gegen uns angewandten Methoden nicht eintritt? Die Arbeiter eines Landes fragen nicht danach, wer sie regiert, wenn sie zur Verzweiflung getrieben werden. Sie sind dann jeder Einflüsterung zugänglich und verlangen nur radikale Aenderung ohne Rücksicht auf die Folgen. Dabei will auch ich Jouhaux' Worte bestätigen, daß die deutschen und die französischen Arbeiter wissen, daß sie zusammengehören und zusammenwirken

müssen, wenn die europäische Zivilisation gerettet werden soll. Wir haben daher schon während der Friedensverhandlungen einen vollständigen ausgearbeiteten Plan der deutschen Gewerkschaften zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Belgien und Nordfrankreich vorgelegt, aber die französische Regierung hat damals, unter dem Druck ihrer beutefüchtigen Kapitalisten, die Ausführung des Planes, dieser „sozialen Entente“, verhindert. Die Arbeiter Deutschlands und Frankreichs haben diese Pläne erneut aufgenommen. Ich hoffe, daß sie zur Ausführung kommen und so einen neuen Beweis von der proletarischen Solidarität und von unserem Wirken, die Schäden des Krieges heilen zu helfen, liefern. Der Krieg ist angeblich zur Vernichtung des preussischen Militarismus geführt worden. Dieser ist vernichtet, aber er hat in anderen Ländern seine Wiedererstehung erlebt. Im besetzten Rheinland z. B., in dem Deutschland früher 75 000 Soldaten hatte, stehen heute 130 000 Mann Ententetruppen. Gegen diese militärische Entwidlung und Bedrohung hilft uns nur die Verständigung unter den Arbeitern, das Zusammenarbeiten der deutschen mit den französischen Arbeitern. Wir wollen gemeinsam die leidende Menschheit wieder aufrichten, oder uns deutschen Arbeitern muß zu dieser Arbeit auch die Möglichkeit gelassen werden. (Starker Beifall von allen Seiten.)

Der Vorsitzende Thomas erklärt für die britische Delegation, daß auch sie überzeugt seien, daß die angebliche Vernichtung des Militarismus der größte Schwindel des Krieges sei. Allerdings müsse Regien in dieser Beziehung besonders an die Hilfe der französischen Genossen appellieren, da deren Regierung entschlossen scheine, ihre imperialistische Politik fortzusetzen. Dauernder Friede aber ist nur möglich, wenn der Haß unter den Völkern verschwindet und diese sich verständigen. Es sei Wahnsinn und eine Mißachtung der Lehren der Geschichte, wenn man annehme, Deutschland könne ausgemerzt werden. Unseren deutschen Genossen aber obliegt die Pflicht, die Befürchtungen, daß Deutschland wieder eine militärische Politik verfolge, zu zerstreuen. Bei der Abwehr jedes militaristischen Angriffs wollen die französischen Arbeiter, wie hier erklärt wurde, ihren deutschen Genossen zur Seite stehen. Dazu sind auch die Arbeiter aller anderen Länder bereit.

Die vorgelegte Resolution wurde darauf einstimmig unter Beifallsbezeugungen angenommen. Sie lautet:

„Der vom 22. bis 27. November in London tagende außerordentliche Internationale Gewerkschaftskongress erhebt nach Kenntnisaufnahme des Berichtes der vom Internationalen Gewerkschaftsbunde in das Ruhrgebiet entsandten Untersuchungskommission energischen Protest gegen die angedrohte Besetzung dieses Gebiets durch die Truppen der Entente.“

Der Kongress stellt fest, daß eine derartige Maßnahme ein nicht zu rechtfertigender Gewaltakt sein würde, eine Vergewaltigung der getroffenen Abkommen, eine Vergewaltigung der Freiheit und der Bestrebungen der Arbeiter zur Sozialisierung der Bodenschätze, ein Schlag des internationalen Kapitalismus gegen die Arbeiterbevölkerung.

In der Ueberzeugung, daß die Besetzung des Ruhrgebiets verhängnisvolle Folgen haben und der Reaktion und dem Militarismus zugute kommen würde, daß sie den Gefahren, welche die Welt bedrohen, noch neue hinzufügen und ein unüberseigbares Hindernis bilden würde für die Wiederaufnahme der normalen Verbindungen zwischen den Völkern, erklärt der Kongress, daß die organisierten Arbeiter bereit sind, sich mit allen Mitteln einer derartigen Maßnahme zu widersetzen und zu verhindern, daß die Arbeiter des Ruhrgebiets einer militärischen Unterjochung unterworfen werden.

Der Kongress erklärt, daß die Kohlenfrage nicht durch militärische Gewaltakte, sondern nur durch eine internationale Organisation der Produktion und der Verteilung aller Brennstoffmaterialien gelöst werden kann, wie sie bereits der Internationale Bergarbeiterkongress in Genf gefordert hat.

Der Kongress erklärt, daß ganz im besonderen die Produktion im Ruhrgebiet unbestreitbar abhängig ist von einer guten Lebensmittelversorgung der Grubenarbeiter.

In Erwägung, daß die Bergleute die in Genf eingegangenen Verpflichtungen voll erfüllt haben, verlangt der Kongress auch für sie die Erfüllung der Versprechen, welche ihnen als Gegenleistung gemacht worden sind. Er weist hin auf die ernste Lage, in der die arbeitende Bevölkerung des Ruhrgebiets sich befindet, auf das Elend, das die Jugend mit dem Tod bedroht, und verlangt, daß Maßnahmen zur Beseitigung dieses entsetzlichen Zustandes getroffen werden.

Der Kongress erklärt schließlich, daß die Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Gruben nur dem Willen der Arbeiter, von dem gleichen Willen zur Freiheit und zum Frieden besessenen Arbeiter sein kann.“

Nachdem Hueber (Österreich) für die große Hilfsaktion der Internationale zugunsten der österreichischen Gewerkschaften und Jaszai (Ungarn) für die Hilfe, die ihrer bedrängten Bewegung in verschiedenster Weise zum Ausdruck gebracht wurde, den abgeschlossenen Landeszentralen gedankt hatten, erfolgten die üblichen Schlussreden und die Schließung des Kongresses unter gemeinsamer Absingung der alten schottischen Arbeiterhymne.

Während der Tagung des Kongresses, der für die gewerkschaftliche Internationale ein Wendepunkt von höchster Bedeutung darstellt, fanden mehrere gesellige Zusammenkünfte statt, sowohl auf Einladung des englischen Gewerkschaftsbundes, des Parlamentarischen Komitees des Gewerkschaftsbundes, des britischen Komitees für den Wiederaufbau der sozialistischen Internationale, wie auch für einzelne Teile auf Einladung bestimmter Berufsgewerkschaften. Bei allen diesen Gelegenheiten zeigte sich nicht nur herzlichste Kameradschaftlichkeit unter den Vertretern aller Länder, sondern auch, wie oft in der feierlichsten Weise betont wurde, der feste Wille, die internationale Organisation so auszubauen und zu festigen, daß sie jeden künftigen Krieg verhindern kann. Dem Kongreß selbst folgte eine Internationale Konferenz der Eisenbahner, die der Internationalen Transportarbeiter-Föderation angehören.

Aus unserem Berufe.

Berlin. In Verhandlungen zwischen den Besitzern der Privatmalereien Berlins und Vertretern unseres Verbandes wurde erreicht, daß die Malereibesitzer den Reichstarifvertrag für die feinkeramische Industrie auch als für sich verbindlich anerkennen. Am 1. Januar 1921 tritt der Vertragszustand in Kraft.

Amberg. Ein gesegnetes Fleckchen Erde ist die Oberpfalz; zufriedene Deutschen gibt es dort, reichlich versorgt mit Speise und Trank. Zudem haben wir das Glück, in unserem Städtchen eine Steingutfabrik zu haben. Die Porzelliner darin sind eben so zufriedene, manchmal allerdings recht mürrische Gesellen. Dann räsoniert man über den geringen Lohn und das schier unerträgliche Leben. Heute ist es Freitag und die „Ameise“ ist eingetroffen. Der Kassierer steht unterm Fabriktor und verteilt dieselben an die Kolleginnen und Kollegen des Betriebes. Dabei raunt er jedem ins Ohr: „Morgen Abend 5 Uhr ist Versammlung“. Im Bewußtsein, seine Pflicht erfüllt zu haben, begibt er sich an seinen Arbeitsplatz, sich der Hoffnung hingebend, am Samstag alle Kolleginnen und Kollegen in der Versammlung zu sehen. Die fünfte Abendstunde des verheißungsvollen Tages naht heran und der Kollege befindet sich eilenden Schrittes auf dem Wege zur Versammlung. Er betritt dieselbe mit großer Spannung, denn er hat sich auf dem Wege mehrere Male umgesehen und konstatieren müssen, daß er der letzte ist. Aber welche Ueberraschung wird ihm zuteil? Von den 55 Mitgliedern der Zahlstelle sind, sage und schreibe, 19 seiner Einladung gefolgt. Ein kurzes Begrüßen der alten Bekannten — denn es sind ja immer dieselben, die anwesend sind — und man trat in die Tagesordnung ein. Sie wurde so kurz als möglich gemacht; denn weder dem Vorsitzenden noch den anwesenden Mitgliedern macht es Vergnügen, zum Nutzen derer zu arbeiten, die es nicht der Mühe wert finden, monatlich einige Stunden zu opfern für die Wahrnehmung ihrer Berufsinteressen. Von dieser Stelle aus sei jenen Kollegen nahe gelegt: sie möchten doch bedenken, wer ihnen zu den jetzigen Löhnen verholken hat. Oder wollen diese gar die Rückkehr zu den alten vorkriegszeitlichen Zuständen in bezug auf Lohn und sonstiges? Schimpfen und Kritizieren hinterher nützt nichts. Das sei gesagt: Wenn wir hier so weiter machen, sind wir bald dort angelangt, wo wir angefangen haben, und das ist schließlich noch jedem recht gut erinnerlich.

Frauenfeld. Der Streik der Angestellten in der hiesigen Porzellanfabrik ist zu deren Gunsten beendet worden.

Ludwigsburg. Die Firma Porzellanmanufaktur Ludwigsburg klaget uns durch ihren Rechtsbeistand eine Berichtigung unserer Notiz in Nr. 50 der „Ameise“, unter ausdrücklicher Bezugnahme auf § 11 des Preysengesetzes. Wir hätten diese auch ohne den Hinweis auf den erwähnten § 11 gebracht, weil uns an der Feststellung des tatsächlichen Sachverhalts gelegen ist. Die Firma behauptet, daß sie nur erstklassige Kräfte gebrauchen könne, die Maler, die dort wieder entlassen worden, sind solche aber nicht gewesen und hätten deshalb wieder entlassen werden. Außerdem sendet uns die Firma einen Lohnauszug für vier Wochen, für die Zeit vom 1. November bis 1. Dezember mit. Dieser erweist, daß der Maler E. in diesen 4 Wochen im Durchschnitt pro Woche 244,70 Mk., der Maler G. 231,00 Mk., der Maler H. 270,70 Mk., der Maler B. 303,30 Mk. verdient hat. Für erstklassige künstlerische Kräfte kein hoher Verdienst.

So ist uns bekannt, daß ein anerkannt erstklassiger Dresdener Maler auch in Ludwigsburg war, aber gar nicht erst dort angelaufen hat, als er die Ludwigsburger Alfordpreise erfahren hatte.

Wir fürchten allen Ernstes, daß die auf Verlangen der Firma veröffentlichte Lohnskala eine wirksamere Warnung vor Bezug sein wird, als es unsere Notiz in Nr. 50 sein konnte. Eine erstklassige Bezahlung für erstklassige Leistungen ist das auf keinen Fall.

Weiden. Die Gewerbegerichtswahl in Weiden ergab für die Liste der freien Gewerkschaften eine Stimmenzahl von 688 und für die christlichen Gewerkschaften eine solche von 197 Stimmen. Zu diesem Resultat haben unsere Kollegen ihr gut Teil beigetragen. Doch noch viel mehr muß das nächste Mal gearbeitet werden. Der letzte Kollege muß zur Wahl herangeholt werden. Noch 200 Stimmen und die christliche Organisation wäre leer ausgegangen. Man sieht hier wieder recht deutlich, daß noch viele Aufklärungsarbeit notwendig ist. In der nächsten Zahlstellenversammlung wird auch zu diesem Resultat Stellung genommen. Weiter soll auch noch zu den letzten Vorkommnissen bei den Firmen Seltmann und Opfinger Stellung genommen werden. Das Auftreten einiger Herren sowie deren Maßnahmen im Betriebe und die Notlage der Arbeiterschaft fordern zur Stellungnahme geradezu heraus. Dieserhalb glauben wir, auf recht zahlreichen Besuch rechnen zu können. Die Lohnfrage ist wohl als die dringendste Aufgabe aufzufassen und wünschen die Mitglieder energische Stellungnahme zu neuen Forderungen. Vor allem tauchte der Wunsch auf, eine Wirtschaftsbeihilfe zu fordern, da die letzte Lohnerhöhung weit hinter den Erwartungen zurückblieb und starke Erbitterung in den Reihen der Mitglieder hinterlassen hat. Nach Abschluß der letzten Verhandlungen in Dresden ist die Teuerung so kräftig geworden, daß es dringend einer Wirtschaftsbeihilfe bedarf und nebenher einer größeren Lohnerhöhung. Doch auch die Mitglieder ersuchen wir, regsam in der Agitation zu sein und den letzten Kollegen und die letzte Kollegin der Organisation zuzuführen. Nicht im Betriebe schimpfen und die Fäuste ballen gegen die Unternehmer, sondern stärkt das Solidaritätsgefühl; helfe und stütze einer den anderen, auf daß das Vertrauen der Mitglieder untereinander wachse und alle Zersplitterungsversuche der gegnerischen Organisationen und des Unternehmertums an dem einigenden und geschlossenen Willen der Porzellanarbeiterschaft abprallen.

Versammlungsberichte.

Berlin-Charlottenburg. Am 14. Dezember tagte im vollbesetzten Musiksaal unserer Schule in der Dresdenerstraße die letzte Zahlstellenversammlung des Geschäftsjahres 1920. In seinem prägnant zusammengefaßten Tätigkeitsbericht konnte Kollege Thrams — bei Beleuchtung der einzelnen Vorfälle in den Branchen — erfreulicherweise feststellen, daß sich durch das gute Zusammenarbeiten aller Mitglieder in Berlin-Charlottenburg für Gewerkschaftszersplitterer und politische Intriganten kein Boden fand. — Der neue Vorstand wurde glatt gewählt. — Im Rahmen des sehr flott und rege verlaufenen Abends nahm die Versammlung auch zum Reichstarif wie folgt Stellung durch Annahme folgender Resolution:

„Der am 1. Oktober 1920 abgeschlossene Reichstarif kann die Arbeitnehmer nicht befriedigen; er stellt in vielen Punkten eine Verschlechterung gegen den früheren Tarif dar. Es hat den Anschein, als zielten die Arbeitgeber darauf hin, den Reichstarif als einseitige Schutzwehr gegen berechnete Ansprüche der Arbeitnehmer auszubauen. Dazu darf die Tarifgemeinschaft auf keinen Fall führen, sonst muß es die Arbeiterschaft entschieden ablehnen, sich durch einen Tarif auf ein Jahr binden zu lassen. — Besonders scharfe Ablehnung verdient der § 22 und § 23, der das Garantieren von Mindestlöhnen für Stücklohnarbeiten illusorisch macht, zumal bei dem jetzigen Lohnabkommen die Mindestlöhne keine Erhöhung erfahren haben.“

Im ganzen kann auch das Lohnabkommen den Erfordernissen der Zeit absolut nicht genügen, besonders, weil Groß-Berlin einen niedrigeren Zuschlag erhielt. Wir fordern eine grundlegende Umgestaltung des Lohnabkommens bei den kommenden Verhandlungen, ferner für die Zeit von Oktober bis Dezember eine Wirtschaftsbeihilfe, die einen Ausgleich zwischen dem bestehenden Lohnabkommen und der Teuerung der Zeit darstellt.

Wir rufen die Kollegen zur Einigkeit auf, treu zum Verband zu halten und dahin zu wirken, daß alle noch Abwesenden und „Harmonie“-Verbänden Angehörigen unserem Verband zugeführt werden, damit wir in geschlossener, zielbewusster Einheit vom Unternehmertum respektiert werden.“

Im Anschluß an die obige, mit allgemeiner Zustimmung abgeordnete Forderung erklärte sich die Versammlung nach einem Vortrag und Antrag des Kollegen Baumgarten auch vollends mit der Forderung der Beschaffung einer Zahlstelle einverstanden. Posthoppel schrieb am 5. November in Nr. 45 der „Ameise“, daß die dortigen Kollegen mit Bedauern von dem letzten unzulänglichen Lohnverhandlungsergebnis Kenntnis genommen haben. Wörtlich wird weiter appelliert:

„Mit aller Macht muß die gesamte Arbeitermasse unter Führung des Gewerkschaftsbundes Sturm laufen gegen die immer höher werdenden Warenpreise. Alle Organisationen müssen geschlossen, selbst unter Anwendung der äußersten Machtmittel, auf einen Warenpreisabbau hinarbeiten. Der Verbandsvorstand wird deshalb aufgefordert, beim Gewerkschaftsbund in diesem Sinne zu wirken.“

Von den weiteren gewerkschaftlichen Erörterungen und Beschlüssen der Jahresabschlussversammlung sei, zumal öffentliches Interesse am Platz ist, folgendes bemerkt: Unseren arbeitslosen Kollegen ließ die Zahlstelle auch diesmal zum Weihnachtsfest eine Unterstützung zukommen. Nun wurde — vom breiten erzieherischen Standpunkt aus begründet — beschlossen, künftig bei allen Unterstützungsvorliegen den Versammlungsbesuch der betreffenden Antragsteller zu prüfen und bementprechend zu verfahren. — Bezüglich des 1. Mai monierte Kollege Rundo, warum derselbe nicht im Manteltarif als gesetzlicher Feiertag festgelegt worden ist und erneuerte gleichzeitig seinen Antrag aus der Agitationskonferenz dahingehend, daß sich der Hauptvorstand bei den Verhandlungen mit dieser Forderung befaßt.

Den Jahrestag der Verschmelzung der Zahlstellen Berlin und Charlottenburg begeht die hiesige Kollegenschaft am Sonnabend, den 29. Januar, durch Veranstaltung eines bunten Abends mit künstlerischen und heiteren Einlagen im geräumigen Speisesaal der Berliner Staatsmanufaktur. Alle hiesigen Kollegen sind für ein paar Stunden geselligen Beisammenseins dazu herzlich willkommen. S. R.-w.

Grenzen. Versammlung vom 1. Dezember. Kollege Surber berichtet, daß die Arbeiter der Firma Carstens die ihnen zustehenden Tarifföhne vom 15. März bis 30. September nach Klasse II b und vom 1. Oktober nach Klasse II a nachgezahlt erhalten sollen. Hierauf wurde die Neuwahl der Verwaltung vorgenommen. Vom Kollegen Surber wurden alle Kollegen eindringlich ermahnt, fest zusammenzuhalten im Interesse des Verbandes, denn nur durch festes Zusammenarbeiten kann etwas erzielt werden.

Mäbendorf. Die am 6. Dezember tagende Zahlstellenversammlung erfreute sich eines guten Besuchs. Es wird zunächst die Verwaltungswahl erledigt. Der Bericht betrifft Differenzen in der Druckerei wird dahin geregelt, daß die Angelegenheit dem Betriebsrat zur nochmaligen Verhandlung überwiesen wird. Vom Vorsitzenden des Betriebsrats wird Bericht gegeben vom Monat November. In kurzen Worten streifte er nochmals die Wirtschaftsbeihilfe und die Arbeitszeit. Unter anderem kommt ein Antrag zur Annahme, daß Sachen, die die Allgemeinheit betreffen, nur der gesamte Betriebsrat zu regeln hat. Unter „Verschiedenes“ wird der Antrag, unseren zwei kranken Kollegen eine Unterstützung zu gewähren, einstimmig angenommen.

Mitterteich. Im gutbesetzten Saale des Gasthofes zum „Bayer. Hof“ fand am 12. Dezember unsere Generalversammlung statt. Zu dem ersten Punkt, „Jahresbericht“, gab der Vorsitzende einen Rückblick über das verflossene Jahr und wurde zur Kenntnis genommen, daß in 13 Zahlstellen, 6 Betriebsversammlungen, 9 Ausschüssen die Angelegenheiten der Zahlstellen erledigt wurden. Vorsitzender Reicher schilderte die Entwicklung der Lohnverhältnisse im verflossenen Jahre, die anerkanntermaßen die wirtschaftliche Not der hiesigen Porzellanarbeiter nicht beseitigten, sondern nur lindern konnten. Wenn es nicht zu größeren Lohnkämpfen innerhalb unserer Industrie kam, so ist das kein Verdienst der Unternehmer, denen der Profit höher steht, als das soziale Empfinden für die Not der Arbeiter, auch nicht etwa ihrer Einsicht, sondern die Arbeiter der Porzellanindustrie, die den Zeitgeist erfasst haben und sich in ihrer Organisation einen Wall gegen ein rücksichtsloses Unternehmen geschaffen haben. 89 Proz. der hiesigen Porzelliner sind organisiert und wissen, daß ohne Kampf kein Ziel erreicht werden kann. Denn nicht nur zahlende Mitglieder brauchen wir, sondern Kämpfer für die gute Sache des Proletariats. Der Unternehmer mag wissen, daß, wenn er den letzten von uns tritt, sich die Gesamtheit zur Wehr setzen wird. Leider sind auch hier am Orte Unternehmer, die glauben, für sie gibt es Extrawürste in unserem Tarif. Es mußte ihnen manchesmal auf die Finger geklopft werden, um der Arbeiterschaft zu ihrem guten Recht zu verhelfen. Hätten die Gauschiesämter mit jeder Firma soviel Arbeit wie mit der hiesigen, wir glauben, es würde ein Gauschiesamt nach Mitterteich zu sehen notwendig sein. Es bedarf der ganzen Kraft der führenden Genossen, mit der Arbeit fertig zu werden, die ihnen ein halstarriges Unternehmertum aufwälzt. Doch gemacht, uns wird die Geschichte so geschwind nicht zu dumm, und wenn es mit Reizen nicht mehr geht, so müssen wir uns halt die einzelnen Betriebe einige Zeit mal von außen betrachten. Der Massenbericht des Genossen Schöttner ergab ein erfreuliches Anwachsen des Lokalfonds sowie der Mitglieder. In der einsehenden Diskussion über den Verwaltungsbericht wurde der Gesamtverwaltung das vollste Vertrauen und der Dank der Mitglieder ausgesprochen für das energische und zielbewusste Vertreten ihrer Interessen. Unter Punkt 2 wurden die Wahlen erledigt. Punkt 3: Unter diesem Punkt gab Genosse Schöttner den Bericht von der Sekretariatskonferenz in Markredewitz. Es wurde beschlossen, den Beitrag von 2 auf 6 Pf. zu erhöhen, um die Anstellung einer Hilfskraft zu ermöglichen, da unser Sekretär gerade dann nicht zu haben ist, wenn man ihn am notwendigsten braucht. Öffentlich wird's besser. Punkt 4: Lohn- und Tarif. Zu diesem Punkte konnte man es am besten sehen, wie sehr die hiesigen Porzelliner der Schuh (soweit sie sich noch solche leisten können) brüht. Durch wochenlanges Feiern infolge Kohlenmangels und Tarifmanöver der Unternehmer ist Mutter Sorge bei jeder Familie zu Gast und mit Gramen sieht die Arbeiterschaft der kalten Jahreszeit entgegen. Wie eine Erlösung empfanden es die Mitglieder, daß der jetzige Lohn Tarif gekündigt ist und durch einen neuen ersetzt werden soll, der ihrer Notlage besser Rechnung trägt. Es wurde eine Resolution dahingehend abgefaßt, daß der Hauptvorstand mit allem Nachdruck unsere Forderung auf eine Wirtschaftsbeihilfe von 300, 200, 50 Mk. für Betriebsratete, ledige und Kinder sowie eine 30prozentige Lohnerrhöhung bei den nächsten Verhandlungen vertritt. Sollten die Unternehmer sich weigern, unseren gerechten Forderungen entgegenzukommen, so bleibt uns nur der Kampf mit allen erlaubten Mitteln, und das Quagern hat die hiesige Arbeiterschaft durch Jahrzehnte gelernt und ist bereit, weiteres dafür auf sich zu nehmen, um zum Ziel zu gelangen. Das Leben der hiesigen Arbeiterschaft kann man ja nur ein Vegetieren nennen. Wir sind zum Kampfe gerüstet. Unter Punkt 5 kamen einige erledigte Betriebsangelegenheiten zur Sprache, so bei der Firma Stieber & Comp., wo Stangerinnen beschäftigt werden, die den enormen Verdienst von wöchentlich 45—60

Mark erreichen. Da keine Verständigung zu erzielen ist, wird sich das Gauschiesamt mit der Sache befassen. Der Brennerstreik mußte abgebrochen werden, da sich für den entlassenen Kollegen ein anderer Grund ergab zur Kündigung, und wir deshalb den Streik nicht mehr verantworten konnten. Der Firma möge dies zur Warnung dienen, daß sie dieses Mal noch mit einem blauen Auge davongekommen ist, wir lassen nicht mehr länger Schindluder mit uns treiben. Die von uns gestellten Forderungen werden wir noch der Erlebigung zuführen. Unter Punkt 6 fand der Vorsitzende scharfe Worte für jene Mitglieder, die notorische Versammlungsschwänzer sind. Für die Zukunft wird jedem solchen Mitgliede bei vorkommenden Fällen die Unterstützung versagt. Es findet nur tatkräftige Unterstützung bei uns, der mitarbeitete am Aufstieg. Es ist traurig, bloß die Vorteile die die Organisation bietet, einzustreichen, im übrigen anderen die Arbeit zu überlassen. Weiter wurde beschlossen, energische Schritte zu unternehmen, um die Kohlenbelieferung zu beschleunigen. Ueber die Herabsetzung der Arbeitszeit auf wöchentlich 47 Stunden bei der A.-G. wird eine Betriebsversammlung entscheiden. Unter ansehnlichen Worten des Vorsitzenden zur regen Mitarbeit auf allen gewerkschaftlichen Gebieten wurde die Versammlung geschlossen.

Neuhaldensleben. Unsere Versammlung vom 11. Dezember war von 500 Mitgliedern besucht. Der Kassierer gab bekannt, daß die Sammlung für den Kollegen Hartmann, einschließlich eines nachträglich noch eingegangenen Betrages, insgesamt 855,— Mk. ergeben hat. Die Wahlen der Zahlstellenverwaltung für das nächste Jahr werden glatt erledigt. Am 1. Januar 1921 wird in einer gemeinsamen Sitzung der alten mit der neuen Verwaltung die Uebergabe der Verwaltungsgeschäfte erfolgen. Aus dem Kartellbericht, den Kollege Duff erstattet, ist hervorzuheben, daß der Bezirkssekretär Wernicke am 1. Januar seinen Posten verläßt. An dessen Stelle tritt der Kollege Voßkampfer (Magdeburg). Die Sekretariatsbeiträge betragen vom 1. Januar ab für Männliche 25, für Weibliche 12½ Pf. Der Reichsbund für Kriegsbeschädigte gibt eine Broschüre heraus zum Preise von 3,60 Mk. Ueber die Ausführung der Revolutionsfeier wird lebhaft Beschwerde geführt und entspinnt sich hierüber eine lebhafte Debatte. Die Frage, ob bei einem kommenden Putsch eine Gegenaktion geplant sei, wird vom Kartell verneint. Punkt 4, „Verschiedenes“. Es wird der Antrag angenommen, daß bei Massenrevisionen die Unterkassierer mit allen ihren Belegen zugegen sein sollen. Eine Arbeitslosenversammlung hat beschlossen, daß alle Aushilfskellner ihre Tätigkeit einstellen und diese von Arbeitslosen ausgeführt werden soll. Auch sollen alle Frauen, die einen Ernährer haben, die Betriebe verlassen. Eine Angelegenheit der Brenner soll in einer hierzu einberufenen Versammlung geregelt werden.

Schleusingen. Die Zahlstellenversammlung am 6. Dezember befaßte sich mit der Verwaltungswahl. Nach vorhergehender Aussprache wurde die Wahl in üblicher Weise vollzogen. Leider sind nicht alle Kollegen sich ihrer Pflicht bewußt, sonst könnte Ablehnung der Wahl nicht erfolgen. Zeitmangel kann hier nicht als Entschuldigung gelten. Ein jeder Kollege muß soviel Zeit übrig behalten, daß er seiner Organisation dienen kann. Unter anderem kam die Wirtschaftsbeihilfe aus dem Jahre 1919, welche trotz Schickspruch und Aufforderung des Betriebsrates von der Firma C. Schmidt bis heute noch nicht ausgezahlt ist, zur Sprache. Ein zweimaliges Schreiben an die Gauschiesleitung in dieser Angelegenheit blieb bis jetzt unbeantwortet. Wir haben warten gelernt. Als letzter Punkt kam die Krankenkasse an die Reihe. Die Betriebskrankenkasse der Firma C. Schmidt hat noch vorkriegszeitliche Verhältnisse. Es wurde beschlossen: „Die Betriebskrankenkasse der Firma C. Schmidt ist mit dem 31. Dezember 1920 aufzulösen und der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Schleusingen anzuschließen.“

Suhl. Unsere Zahlstellenversammlung vom 9. Dezember war gut besucht. Öffentlich kommen die bisher säumigen Versammlungsbesucher auch noch zu der Einsicht, daß sie in die Versammlungen gehören und den Zusammenhalt in der Organisation dadurch fördern helfen. Zunächst berichtete Kollege Hermann Vogtmann über den Verlauf der Konferenz in Rudolfsbad. In der Diskussion zu diesem Bericht wurde auch über die Notwendigkeit einer Wirtschaftsbeihilfe gesprochen. Ein Betrag von 500 Mk. wäre hierfür durchaus nicht zu hoch. Ferner müsse ein Lohnzuschlag von 40 bis 60 Proz. erfolgen. Es soll der Betriebsrat beauftragt werden, wegen dieser Angelegenheiten mit der Firma zu verhandeln.

Hierauf erfolgten die Wahlen zur Verwaltung, die glatt vorstatten gingen. Es wurde dann noch ein Antrag diskutiert und angenommen, Anwesenheitslisten in den Versammlungen zu führen, um eine Besserung des Versammlungsbesuches zu erreichen.

Literarisches.

Die verjüngte Frau. Neue lustige Geschichten von Th. Thomas. Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW. 68. Preis 8,— Mk.

Dem ersten Band der lustigen Geschichten, „In Waters Hosen“, folgt jetzt der zweite Teil, welcher den humoristischen Titel „Die verjüngte Frau“ führt. Unser Kollege Thomas ist kein leichter Schwärzer. In allen seinen Geschichten hat er uns etwas zu sagen; auch dort, wo wir nur glauben, lachen zu müssen, gibt er zu denken auf. Einige Geschichten in dem neuen Band sind von tiefem Empfinden diktiert, so „Die neue Mutter“. Aber auch in „Trude, der Hansbub“ finden wir diesen Grundton wieder. In volkwirtschaftlichen Frohlichkeiten zeigen die politischen Humoresken den Menschen, der humorvoll plaudernd versucht, allen Geschäften eine heitere Seite abzugewinnen. In anderen Geschichten, wie „Die Weihnachtsbescherung“, „Die verjüngte Frau“, schlägt der übermütige Humor seine tollsten Burlesken.

Bücher sind unsere Freunde; wenn sie sich in solcher Form anbieten, wie diese lustigen Geschichten, können es recht gute und nützliche Freunde werden. Denn nichts tut uns heute nötiger und wird befreiender, als das goldene Lachen, wie es auch aus diesen neuen lustigen Geschichten herausspringt. Wer sich deshalb einige angenehme Stunden verschaffen will, der laufe sich „Die verjüngte Frau“.

THE UNIVERSITY OF CHICAGO

Königsberg, Preußen, den 7. Januar, abends 5 Uhr, im
Saal des Marienbades, Dillimbar, den 6. Januar, abends
8 Uhr, Saal des Bades bei der Bollwerkstr., Siedowstr. 21.
Königsberg, Preußen, den 12. Januar, abends 8½
Uhr, im Restaurant „Der kleine Kaiser“
Ecksteinstr. Freitag, den 8. Januar 1921, abends 5 Uhr, im
Saal des Marienbades
Potsdam, Sonnabend, den 8. Januar, abends 8 Uhr, in der
Stadthalle

Erlebenszeit.

Der Jammalungsbericht aus Vranje, Pustina und Sadowitz
müßten wegen Raummangel zurückgestellt werden.

Cutting.

Von der Zählstelle Waldburg gingen ein für den kranken
Kollegen Neuninger 20 Mk. Den Spendern besten Dank.
J. A. Barfart, Zählstelle Röppelsdorf.

Outboard.

Für unseren Kollegen Otto Hartmann gingen nachträglich noch folgende Beträge ein: Selb. Blyberg 20,—; Grünhain 10,—; Tetlin 15,—; Schwabach 20,—; Mahndheim 5,—; Charlottenburg 15,—; Staffel a. d. S. 30,—; Wehmüller 30,—; Renth 10,—; Bonn 30,—; Holsing 15,— Mr. Vereinsquittiert 710 Mk. Summa: 910 Mk. Die Sammlung ist geschlossen. Allen Gebern besten Dank. Die Verwaltung der zahlstene Nachahmenden. F. A. Schopf.

2011.

Bei meiner Rückkehr von der Heilstätte wurde mir von Seiten meiner Kollegen und Kolleginnen sowie von dem Herrn Heubach eine namhafte Unterstützung zuteil. Ich sage hiermit dem Herrn Heubach, den Beamten und der gesamten Kollegenschaft meinen tiefgefühlten Dank. Möge sie das Schicksal vor gleicher Notlage bewahren.
Ruppelsdorf, den 20. Dezember 1920.

Arbeitsmarkt.

Tüchtiger Former und Sticher für Gebrauchsgeschirr und Kunstgegenstände. 35 Jahre alt, verh., mit allen einschlägigen Arbeiten durchaus vertraut, sucht leitende Stellung für Stichelei usw. oder größerer Porzellanfabrik. Angebote unter A. K. an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Zwei tüchtige jüngere Dreher für Hoch- und Niederdruckmaschinen-
Holatoren für sofortigen Eintritt gesucht. Selbige müssen aber
nachweisen können, daß sie schon in diesen Artikeln gearbeitet haben.
Angebote an den

Tüchtiger Schlosser, mit allen Arbeiten vertraut, sucht Beschäf-
tigung in Oberfranken oder Oberpfalz.
Angebote unter P. Sch. an die „Ameise“ erbeten.

Ein tüchtiger Glas-Meister mit zum Eintritt per sofort
sucht.
Hjortdahl Blomstjeld, H. B., Bøllen i Markt.

Leistungsfähiger Lieferant für Kaffee- und Teeservice wird gesucht.
Näherung vorhanden.
Einflussreicher Geschäftsführer E. & C. Carstens, Berl. H. Birkenau.

Zudrigger, selbständiger erster Brenner sucht Stellung zum
zufolgigen Eintritt. Offerten an die Expedition der „Ameise“ erbeten
unter K. G. I.

**Lehrling, Statistiker, in Schiffsbau-Statistiken und
Darstellungen gut eingearbeitet, gute Stellung.
Offerten unter Z. 1 an die Stationen der „Eurele“ erbeten.**

Erdinger Erdbebenzellen und zugleich Empfänger zum möglichen baldigen Eintritt d. hoch. Erbebung vorhanden. Offerten mit Lebensversicherungen an
Dr. Fritz Langenscheidt, Versicherungs- u. o. m. l. o. Langens.

Case Study

William Clara Wolfe, Sacramento, born
 on 24 May 1880, married on 8 December 1910
 married in 1910
 William German Wilson, born on
 10 January 1861, married on 1 December 1910
 married in 1910
 William Emma Martin, born on 1 July 1880
 married on 24 December 1910
 married in 1910
 William Clara Wolfe, born on
 1 July 1880, married on 1 December 1910
 married in 1910
 William Clara Wolfe, born on
 1 July 1880, married on 1 December 1910
 married in 1910